

NIEDERSCHRIFT DER SITZUNG

Sitzungsnummer: JHA/01/2008
Gremium: Jugendhilfeausschuss
Tag: Dienstag, 04.03.2008
Ort: Rathaus an der Volme, Sitzungsraum A.201
Beginn: 16:00 Uhr

A. TAGESORDNUNG

I. Öffentlicher Teil

1. Feststellung der Tagesordnung
2. Förderprogramm Soziale Stadt:
Integriertes Handlungskonzept für den Stadtteil Wehringhausen
Vorlage: 0134/2008
3. Bündnis für Familien
4. Mitteilungen
5. Anliegen der Jugendräte
6. Stand der Umsetzung des KiBiz
7. Bolzplatz Eschenweg
Hier: Mitteilung für den JHA
8. Programm zur Sanierung der städtischen Gebäude
Mündlicher Bericht der Verwaltung
9. Situation der Offenen Ganztagschule
Mündlicher Bericht
10. Kinderschutzambulanz
Mündlicher Bericht
11. Benennung der Vertreter der Hagener Jugendräte im Jugendhilfeausschuss
Vorlage: 0027/2008



12. Ausbauplanung Kinderspielplatz Drostenhof
Vorlage: 0048/2008
13. Kindertageseinrichtungen und Kindertagespflege
Änderung der Satzungen vom 13.12.2007
Vorlage: 0099/2008
14. Anfragen nach §6 Abs. 8 der GeschO des Rates



B. SITZUNGSVERLAUF

I. Öffentlicher Teil

Beginn des öffentlichen Teiles: 16:00 Uhr

1. Feststellung der Tagesordnung

Herr Strüwer begrüßt die Anwesenden herzlich und stellt einvernehmlich fest, vor Eintritt in die Tagesordnung das Jugendzentrum Paulazzo zu besichtigen.

Herr Fischer berichtet über den konzeptionellen Hintergrund der Einrichtung.

Herr Strüwer bittet die Ausschussmitglieder um ihr Einverständnis, den Tagesordnungspunkt 11 – Förderprogramm Soziale Stadt – vorzuziehen, da zeitgleich der Standortentwicklungsausschuss tagt und Herr Goldbach dort auch erscheinen müsse.

Außerdem teilt er mit, dass es versäumt worden sei, den Standardtagesordnungspunkt „Bündnis für Familien“ auf die Tagesordnung zu setzen. Das wolle er hiermit nachholen.

2. Förderprogramm Soziale Stadt: Integriertes Handlungskonzept für den Stadtteil Wehringhausen Vorlage: 0134/2008

Zusammenfassung des Diskussionsergebnisses:

Herr Goldbach erläutert die Vorlage.

Es sei ebenso wie beim Übergang der Stadtteile Vorhalle und Altenhagen eine günstige Gelegenheit, die Nachfolge im Förderprogramm von Altenhagen auf Wehringhausen selbst vorzuschlagen.

Herr Dr. Schmidt berichtet aus dem Haupt- und Finanzausschuss, dass alle Ausschussmitglieder das Vorhaben inhaltlich unterstützten. Bezüglich der Finanzierung der Maßnahme gebe es unterschiedliche Standpunkte. Es werde die Hürde geben, ob im Rahmen der investiven Maßnahmen die Kreditlinie ab 2008 eingehalten werden könne. In der Anlage zum Finanzierungskonzept seien die finanziellen Auswirkungen einer integrierten Stadtteilentwicklung in Wehringhausen veranschaulicht.

Er appelliere an die Ratsmitglieder, dieses Projekt in der Prioritätenliste mit einzupassen.

Herr Strüwer weist darauf hin, dass die Maßnahmen in Altenhagen und Vorhal-



le ein großer Erfolg gewesen seien.

Herr Reinke schlägt vor, den Punkt 4 nicht mitzubeschließen.

Herr Dr. Schmidt weist in diesem Zusammenhang darauf hin, dass der Punkt 4 bereits seitens der Verwaltung zurückgezogen worden sei.

Herr Reinke schlägt weiterhin eine Ergänzung zum Punkt 2 des Beschlussvorschlages vor: *Dabei sollen aufgrund der sozialen Struktur des Stadtteils die Themen „Streetwork, Kindeswohlgefährdung, und aufsuchende Arbeit“ durch Umschichtung zusätzlich eingebracht werden.*

In der Anlage „Kosten- und Finanzierungsübersicht“ sollten im Bereich „Soziale ethnische Integration“ im Punkt 1 um 100.000 €, im Punkt 4 um 50.000 € und im Punkt 5 um 25.000 € gekürzt werden, so dass sich für die o.g. Themen 175.000 € einsetzen ließen.

Herr Goldbach erläutert daraufhin, dass die Vorlage auf die Förderrichtlinien ausgerichtet sei und dass sich innerhalb der einzelnen Bereiche noch Änderungen ergeben könnten und die konkreten Maßnahmen später gesondert zur Beschlussfassung vorgelegt würden.

Es sei ausreichend, das im Protokoll zu vermerken. Er werde für die Antragstellung die genannten Punkte in die Kosten- und Finanzierungsübersicht einarbeiten und diese Information dem Protokoll **als Anlage** beifügen.

Herr Fischer ergänzt, dass es sinnvoll sei, außerdem die Inhalte aus den Workshops zu berücksichtigen und Platzhalter dafür zu schaffen.

Herr Dücker bedankt sich bei der Verwaltung für die geleistete Arbeit.

Es handele sich um die dritte Wohnumfeldverbesserung in Wehringhausen seit dem Jahr 1982. Die Struktur habe sich aber nicht grundlegend zum Positiven verändert.

Er habe die Information aus Arnsberg, dass die Kreditlinie zukünftig auf 0 Gefahren werde. Es gebe im Moment in Hagen eine lange Liste von Positionen, die alle die Priorität 1 hätten. Er habe eine Vorlage erwartet, die mit weniger finanziellen Mitteln auskomme. Aus diesem Grunde werde er sich bei der Abstimmung enthalten.

Habe die Verwaltung eingeplant, bei der Finanzierung in Vorleistung treten zu müssen?

Herr Dr. Schmidt macht deutlich, dass etwas getan werden müsse. Es könne nicht sein, dass in einem Fachausschuss alles verweigert würde, wenn Kosten entstünden. Es sei Aufgabe des Rates, den Haushalt zusammenzustellen und er bitte den Jugendhilfeausschuss eindringlich, Position zu beziehen.

Herr Decker stellt fest, dass es sich um ein sinnvolles Projekt handele. Das sei seine Meinung als sachkundiger Bürger. Letztendlich müsse der Rat darüber entscheiden. Wenn die Maßnahme von der Prioritätenliste runterfalle, sei Kreativität gefragt.

Frau Klos-Eckermann warnt davor, in einem Fachausschuss nicht mehr inhalt-



lich zu diskutieren. Man solle hier keine Finanzentscheidung vorwegnehmen. Als Politiker müsse man positive Signale setzen und als Verantwortlicher auch eine Diskussion aushalten.

Herr Steuber fragt nach, ob er das richtig verstanden habe, dass dem Anliegen von Herrn Reinke eine andere Intention zugrunde liege als bei Herrn Fischer. Wehringhausen sei der Stadtteil mit der höchsten Kindeswohlgefährdung.

Herr Fischer stellt fest, dass es bei dem Finanzierungsplan um die Beantragung von städtebaulichen Fördermitteln gehe. Gebe es auch andere Fördertöpfe?

Diese Frage wird von Herrn Goldbach verneint. Er teilt außerdem mit, dass der Eigenanteil der Stadt Hagen bei dieser Maßnahme im investiven Bereich bei 200.000 € liege.

Herr Dücker kann die Ausführungen von Frau Klos-Eckermann nachvollziehen. Durch die Erläuterungen von Herrn Goldbach sähe er die Sache nun auch ein wenig anders. Er sei dankbar für eine weitere Vorlage mit alternativen Maßnahmen für den Fall, dass es auf diesem Wege nicht klappe. Hier sei die Kreativität der Verwaltung gefragt.

Herr Fischer sieht doch Berührungspunkte zu den Ausführungen von Herrn Reinke. Wenn das Programm komme, könnten Verbindungslinien gezogen werden. Er erwarte von der Politik, Gewichtungen zu fällen. Hier liege nun die Verantwortung. Es seien intelligente Konzepte vorgestellt worden.

Herr Strüwer fasst die Wortbeiträge dahingehend zusammen, dass es nicht darum gehen könne, eine Stadt kaputt zu sparen. Das Geld, das hier ausgegeben werden solle, sei gut angelegt. Das Programm werde sich refinanzieren. Der Ausschuss beurteile das Projekt positiv. Die gemachten Anregungen würden von Herrn Goldbach eingeplant.

Anschließend stellt er den Beschlussvorschlag mit der vom Haupt- und Finanzausschuss vorgenommenen Veränderung bei Punkt 4 zur Abstimmung.

Beschluss:

1. Der Rat der Stadt beschließt das Integrierte Handlungskonzept für den Stadtteil Wehringhausen sowie den Maßnahmen- und Finanzierungsplan zur Umsetzung des Konzeptes.
2. Die Verwaltung wird beauftragt, das Integrierte Handlungskonzept als Aufnahmeantrag für das Förderprogramm Soziale Stadt beim Land einzureichen.
3. Nach einer positiven Entscheidung des Landes wird die Verwaltung beauftragt, die sich aus dem Maßnahmeplan ergebenden Förderanträge zu stellen.
4. **entfällt**
5. Die Beschlüsse unter 1 – 3 werden unter dem Vorbehalt der Genehmigung der Prioritätenliste und einer Kreditlinie durch die Bezirksregierung gestellt.



6. Die Beschlüsse werden bis zum 31.12.2008 umgesetzt.

Abstimmungsergebnis:

<input checked="" type="checkbox"/>	Einstimmig beschlossen
<input type="checkbox"/>	Mit Mehrheit beschlossen
<input type="checkbox"/>	Einstimmig abgelehnt
<input type="checkbox"/>	Mit Mehrheit abgelehnt
<input type="checkbox"/>	Abgelehnt bei Stimmgleichheit
<input type="checkbox"/>	Ohne Beschlussfassung
<input type="checkbox"/>	Zur Kenntnis genommen
<input type="checkbox"/>	

Dafür: 11
Dagegen: 0
Enthaltungen: 2

3. Bündnis für Familien

Frau Schmitz berichtet über die Aktivitäten des Bündnisses für Familien.

4. Mitteilungen

Herr Steuber weist auf die ausgelegten Informationsblätter zur Jugendschöpfungswahl hin.

Weiterhin berichtet er über einen Antrag des Bildungs- und Kulturvereins e.V. (VIKZ) auf Genehmigung eines Wochenend- und Freizeitbetriebs. Es gehe dabei um die Vermittlung von religiösem Grundwissen. Zuständig für die Erteilung der Betriebserlaubnis sei das Landesjugendamt. Da dort mehrere dieser Anträge eingegangen seien, plane man ein gemeinsames Treffen der betroffenen Jugendämter.

Herr Strüwer geht davon aus, dass keine Entscheidung getroffen werde, bevor der Ausschuss nicht über die weitere Entwicklung informiert worden sei.

Herr Steuber berichtet weiterhin über den Stand der Verhandlungen zum Thema Straßenkinder. Eine Straßenkinderszene sei in Hagen so nicht vorhanden. Erforderlich sei eine zugehende Arbeit unter der Steuerungsverantwortung des Jugendamtes. Es werde sich dann um Erziehungshilfe als präventive Maßnah-



me handeln. In diesem Zusammenhang sollten weiterführende Gespräche geführt werden. Damit würde das Erfordernis der institutionellen Bezuschussung eventuell wegfallen.

Zum Thema Kindeswohlgefährdung teilt er mit, dass sich die Situation im Allgemeinen Sozialdienst akut zuspitze. In diesem Jahr, also in zwei Monaten habe es bereits 54 Verdachtsfälle von Kindeswohlgefährdung gegeben. Das sei im Vergleich zu den Vorjahren eine sehr hohe Zahl. Wenn man diese auf das gesamte Jahr hochrechne, käme man auf ca. 300 angenommene Fälle. Zwei Drittel der Meldungen seien dabei aus professionellen Kreisen gekommen. Es gebe eine große Zahl von Seismographen in dieser Stadt.

Bei den personellen Ressourcen hätte sich durch Krankheitsfälle eine Reihe von Ausfällen ergeben. Darunter seien auch Kollegen, die unter dem Burn-out-Syndrom litten.

Ihm läge eine Reihe von Überlastungsanzeigen aus dem ASD vor.

Daher habe man kurzfristig reagiert und fünf Stellen aus anderen Bereichen abgezogen und dem ASD zum 15.03.08 zugewiesen. Ab diesem Datum werde auch der Pflegekinderdienst wieder in den ASD integriert.

Alles außer Kindeswohl sei nachrangig zu behandeln. Dabei sei auch der Verzicht auf Aufgabenstandards vereinbart worden. Durch eine Organisationsuntersuchung würde eine neue Personalbemessung erfolgen. Dies werde sich jedoch bis zum zweiten Halbjahr 2008 hinziehen.

Herr Strüwer möchte wissen, in wie vielen der angezeigten Fälle eine Inobhutnahme erfolgte.

Frau Klos-Eckermann formuliert eine Anfrage an die Verwaltung, inwieweit der ASD instrumentell in der Lage sei, mit der Situation umzugehen.

Herr Dr. Schmidt weist darauf hin, dass die Gefahr, dass es zu einem Extremfall komme, immer da sei. Es sei keine Gewährleistung möglich. Es handle sich hier um Notmaßnahmen, um Lücken zu füllen. Wenn man in Vergleichsstädte gucke, sei für Hagen ein Bedarf nachzuweisen. Dafür müsse man jedoch eine Organisationsuntersuchung durchführen.

Fachliche Leitlinien der Hilfen zur Erziehung in Hagen stünden im Internet zur Verfügung. Die Verantwortung läge letztendlich beim Oberbürgermeister und bei ihm als Sozialdezernenten.

Herr Steuber stellt fest, dass in Hagen etwas im Bereich der frühen Hilfe fehle. Er spezifiziert die 54 Fälle. Bezug nehmend auf die Frage von Herrn Strüwer teilt er mit, dass in 20 % der Fälle die Kinder in Obhut genommen wurden. Dabei sei auch weiterer Hilfebedarf festgestellt worden.

Herr Haensel erklärt, dass man als Fachausschuss Herrn Steuber und der betroffenen Abteilung den Rücken stärken müsse. Es sei natürlich schwierig, neue Mitarbeiter für diesen Bereich zu finden. Sein Dank richte sich an die Mitarbeiter, die bereit seien, sich dieser Aufgabe zu stellen.

Herr Fischer weist auf die ausgelegten Broschüren zu Ferienfreizeiten, Ferien-



aktionen, Kurse, Workshops und Aktionen hin. Es sei gelungen, eine Woche in den Osterferien zusammen mit dem Fachbereich Jugend & Soziales zu gestalten. Es handele sich um eine Begegnung mit Jugendlichen aus Israel / Modiin, die hier in Hagen stattfände. Gesucht würden noch Gastfamilien.

Weiterhin berichtet er von einer vom Jugendring durchgeführten Ausstellung „Zug der Erinnerung“ über das Schicksal von deportierten Juden. Er habe mehrere Exemplare eines Pressespiegels mitgebracht, die er gern zur Verfügung stelle. 1.300 Besucher hätten die Ausstellung besucht. Beeindruckend seien die Ausführungen eines Zeitzeugen gewesen, der sich trotz seines hohen Alters zur Verfügung gestellt habe.

Empörend sei die Tatsache, dass die Deutsche Bahn AG an diesen Transporten verdient habe. Dies wolle er nicht so hinnehmen und er rufe daher zu einer Postkartenprotestaktion auf, die dem Verkehrsminister Herrn Tiefensee persönlich übergeben werden solle.

Auf die Frage von Herrn Strüwer, ob die Finanzierung der Ausstellung gesichert sei, antwortet Herr Fischer, dass noch ein Betrag in Höhe von 1.500 € nicht gedeckt sei, aber noch Möglichkeiten bestünden, die Finanzlücke zu schließen.

5. Anliegen der Jugendräte

Herr Traut berichtet über die Anliegen der Jugendräte.

Er beschreibt die Problematik, dass es immer schwieriger werde, Nachwuchs für die Arbeit in den Jugendräten zu finden.

Er selbst sei heute das letzte Mal als Mitglied des Jugendhilfeausschusses hier, da er sein Abitur mache und das zeitlich nicht zu vereinbaren sei. Er nimmt Bezug auf die Vorlage „Benennung der Vertreter der Hagener Jugendräte im Jugendhilfeausschuss“, die heute noch beraten werde, in der u. a. die Wahl seiner Vertreterin vorgesehen sei.

Er bedankt sich für die interessante Zeit im Jugendhilfeausschuss, die sehr wertvoll für ihn gewesen sei.

Herr Strüwer bedankt sich bei Herrn Traut für das gezeigte Engagement und wünscht ihm alles Gute für seine Zukunft. Bezüglich der Rekrutierung von Jugendräten sei es wichtig, Unterstützung in den Schulen zu suchen, damit diese sich beteiligten.

6. Stand der Umsetzung des KiBiz

Zusammenfassung des Diskussionsergebnisses:



Frau Haack stellt den Stand der Umsetzung des KiBiz vor. Die Inhalte können der beigefügten **Anlage** zu TOP 6 entnommen werden.

Herr Strüwer lobt die gute Leistung der Stadt Hagen. Es gebe eine große Vielfalt von Angeboten.

Herr Reinke möchte wissen, ob es inzwischen Ausführungsbestimmungen zum KiBiz gebe.

Die Frage wird von Frau Haack verneint.

Herr Steuber nimmt Bezug auf einen Leserbrief, der heute in der Westfalenpost gestanden habe. Dort habe es in einem Einzelfall Enttäuschung im individuellen Buchungsverhalten gegeben. Es sei leider nicht möglich, in jeder Kindertageseinrichtung alle Betreuungszeiten anzubieten. Im Einzelfall müssten individuelle Lösungen gefunden werden.

7. **Bolzplatz Eschenweg** **Hier: Mitteilung für den JHA**

Zusammenfassung des Diskussionsergebnisses:

Herr Strüwer möchte wissen, wie groß die Entfernung des Wohnhauses des Beschwerdeführers zum Bolzplatz gewesen sei.

Herr Goldbach teilt mit, dass es sich um Entfernung von ca. 20 Metern gehandelt habe. Jetzt sei der Platz ca. 60 bis 80 Meter entfernt. Es sei ein tragbarer Kompromiss gefunden worden.

Herr Traut möchte wissen, ob unter den Beteiligten auch Vertreter der Jugendräte oder Schüler gewesen seien.

Auch Herr Decker ist der Meinung, dass die Kinder und Jugendlichen diejenigen seien, die betroffen seien und ihre Beteiligung notwendig gewesen sei. Er möchte wissen, wie hoch das Kostenvolumen sei.

Herr Goldbach antwortet, dass es sich um ca. 6000,- bis 7.000 € handle. Die Deckung sei durch vorhandene Unterhaltungsmittel sichergestellt. Zu der Frage von Herrn Traut berichtet er, dass das Kinder- und Jugendbüro beteiligt gewesen sei. Außerdem weist er darauf hin, dass die Verwaltung rechtlich eine äußerst schwache Position gehabt und daher froh gewesen sei, diesen Kompromiss schließen zu können.

Herr Traut bittet, in vergleichbaren Fällen zukünftig Vertreter der Jugendräte anzusprechen und zu involvieren.



8. Programm zur Sanierung der städtischen Gebäude Mündlicher Bericht der Verwaltung

Zusammenfassung des Diskussionsergebnisses:

Herr Klinkmann nimmt Bezug auf die Besprechung des Arbeitskreises des Jugendausschusses zum Programm der Sanierung der städtischen Gebäude vom 08.01.2008.

Das Protokoll der Besprechung ist der Niederschrift **als Anlage** beigefügt.

Er teilt mit, dass sich die Gebäude insgesamt in einem guten Zustand befinden.

Die Maßnahme mit einem Kostenvolumen in Höhe von 350.000 € für das Kul-topia werde in 2008 und 2009 durchgeführt. Die geplanten Maßnahmen für die Jugendzentren Talstraße und Jahnstraße seien aus der Liste gestrichen worden.

Im Folgenden erläutert Herr Rosga die offenen Punkte. Für die Renovierung des Jugendzentrums Emst sei ein Betrag in Höhe von 100.000 € erforderlich. Bezüglich des Kindergartens in Fley im Heigarenweg würden zurzeit noch Gespräche geführt.

Herr Decker merkt an, dass im Kindergarten Heigarenweg keine Entwicklung zu sehen sei.

Herr Klinkmann erklärt, dass die offenen Punkte in die Liste eingearbeitet würden. Der Arbeitskreis des Rates werde sich damit im Haupt- und Finanzausschuss beschäftigen.

Herr Rosga gibt zu bedenken, dass es sich um einen Prozess mit langwierigen Recherchen und Verhandlungen handele, in dem man immer wieder zu einer neuen Bewertung der Situation komme. Noch gebe es keine abschließende Verwaltungsmeinung.

Herr Strüwer bittet abschließend um eine endgültige Mitteilung in der Sache.

9. Situation der Offenen Ganztagsschule Mündlicher Bericht

Herr Kortmann berichtet über das Anmeldeverfahren in der Offenen Ganztagschule.

Er weist auf das ausgelegte Papier hin, dem die derzeitigen Belegungszahlen entnommen werden können (**siehe Anlage**) und erläutert den Inhalt.

Die Frage stelle sich, in welchem Fall die Zuschüsse an das Land zurückgezahlt werden müssten. Es gebe einen Stichtag, zu dem die Gruppen nachgewiesen werden müssten. Toleriert werde ein Belegungsminus von 10 %. Im schlimmsten Fall müssten pro Gruppe 115.000 € zurückgezahlt werden. Das



müsse natürlich verhindert werden. Er berichtet zum Stand des Ausbaus der Offenen Ganztagschule.

Herr Strüwer möchte zur Grundschule Geweke wissen, wie es weitergehe.

Herr Rosga berichtet über die entstandenen Probleme.

Herr Decker kann die Problematik nicht nachvollziehen, da sich das Ganze doch schon über ein Jahr hinziehe.

Herr Roga weist darauf hin, dass alle Möglichkeiten ausgeschöpft würden, aber bei der Vielzahl von Projekten immer ein Ausreißer dabei sein könne.

Herr Strüwer bittet, die volle Konzentration auf den Ausbau der Grundschule Geweke zu richten. Er bittet um einen Bericht in der nächsten Sitzung.

Herr Fischer weist darauf hin, dass in den Starter I – Schulen insgesamt eine unbefriedigende Situation bezüglich der Ausstattung wie z.B. fehlende Telefonanschlüsse oder Spülmaschinen bestehe.

Herr Strüwer bittet darum, die Probleme diesbezüglich zu sammeln und an Herrn Kortmann weiterzuleiten.

10. Kinderschutzambulanz Mündlicher Bericht

Herr Steuber berichtet über den Runden Tisch und verschiedene andere Treffen von Arbeitsgruppen zum Thema Kinderschutzambulanz. Gerade heute habe eine Arbeitsgruppe zu dem Thema getagt. Dort sei über das weitere Vorgehen intensiv verhandelt worden. Man sei überein gekommen, das Thema Kinderschutz in Hagen insgesamt zu betrachten und parallel dazu – quasi als ICE auf einem Nachbargleis – das Thema „Kinderschutzambulanz“ voranzubringen. Dazu sei eine argumentative Aufarbeitung notwendig, die im Rahmen der Jugendhilfeplanung erfolgen solle. Das könne in Form von Fragebögen oder qualifizierten Interviews unter Hinzuziehung evtl. der FH Dortmund oder des ISA Münster erfolgen. Ein gewisser finanzieller Aufwand sei natürlich notwendig. Im Spätsommer/Herbst dieses Jahres könne dann voraussichtlich eine beschlussreife Vorlage erstellt sein.

Herr Reinke ergänzt die Ausführungen von Herrn Steuber. Er sei froh über diesen Kompromiss, Kinderschutz in Hagen ganzflächig zu betrachten. Der erste Runde Tisch im Oktober letzten Jahres habe den Bedarf festgestellt. Informationen aus bereits bestehenden Kinderschutzambulanzen ließen für Hagen eine Zahl von 150 betroffenen Kindern im Jahr vermuten. Das zweite Treffen des Runden Tisches befasste sich mit dem Konzept „Was soll die Kinderschutzambulanz Hagen leisten?“

Kinderschutzambulanz sei der Arbeitstitel, es könne auch ärztliche Beratungs-



stelle oder anders heißen.

Schwierig sei sicherlich die Finanzierung. Da gebe es im Land NRW unterschiedliche Modelle. Die Kinderschutzambulanz Bochum (seit 17 Jahren) sei bis vor 3-4 Jahren zu 100 % von der Jugendhilfe bezahlt worden. Jetzt werde sie nur noch zu 80 % aus der Jugendhilfe und zu 20 % aus Spenden und Einnahmen bezahlt.

Die Kinderschutzambulanz Dortmund werde zu 85 % aus Spenden finanziert. Die Kinderschutzambulanz Münster werde zu 50 % von der Kommune, zu 30 % vom Land NRW und zu 20 % aus Spenden und Einnahmen finanziert.

Er sei zuversichtlich, dass eine Lösung gefunden werden könne. Notwendig sei eine solche Einrichtung für Hagen auf jeden Fall.

Herr Strüwer fragt, ob die Verwaltung dazu jetzt einen Auftrag brauche.

Das wird von Herrn Dr. Schmidt bejaht.

Herr Strüwer fragt nach dem Einverständnis des Ausschusses.

Dieser beauftragt einstimmig die Verwaltung, das Thema Kinderschutz insgesamt anzugehen und parallel an der „Kinderschutzambulanz“ zu arbeiten.

Herr Strüwer bittet abschließend um Informationen hierzu in der nächsten Sitzung.

11. **Benennung der Vertreter der Hagener Jugendräte im Jugendhilfeausschuss** **Vorlage: 0027/2008**

Zu diesem Tagesordnungspunkt findet keine Diskussion statt.

Beschluss:

Die Benennung der neuen Vertreter/Innen der Hagener Jugendräte im Jugendhilfeausschuss wird zur Kenntnis genommen

Abstimmungsergebnis:

- | | |
|-------------------------------------|-------------------------------|
| <input type="checkbox"/> | Einstimmig beschlossen |
| <input type="checkbox"/> | Mit Mehrheit beschlossen |
| <input type="checkbox"/> | Einstimmig abgelehnt |
| <input type="checkbox"/> | Mit Mehrheit abgelehnt |
| <input type="checkbox"/> | Abgelehnt bei Stimmgleichheit |
| <input type="checkbox"/> | Ohne Beschlussfassung |
| <input checked="" type="checkbox"/> | Zur Kenntnis genommen |
| <input type="checkbox"/> | |



**12. Ausbauplanung Kinderspielplatz Drostenhof
Vorlage: 0048/2008**

Zusammenfassung des Diskussionsergebnisses:

Herr Heckrodt stellt die Ausbauplanung vor.

Herr Reinke merkt an, dass die erfolgte Zusammenarbeit mit den Schülern sehr erfreulich sei. Es sei schade, dass der Spielplatz zur Parkplatzseite mit einem Zaun eingefriedet werde. Könne man nicht die Kosten einsparen und stattdessen einen Sandkasten miteinplanen?

Auch Herr Strüwer ist der Meinung, dass ein Sandkasten unbedingt zu einem Spielplatz gehöre und bittet Herr Heckrodt, diesbezüglich eine Lösung zu finden.

Beschluss:

Die Ausbauplanung für den Bau des Kinderspielplatzes Drostenhof wird beschlossen.

Die Verwaltung wird beauftragt die erforderliche Baugenehmigung einzuholen und die Baumaßnahme zu realisieren

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig beschlossen

**13. Kindertageseinrichtungen und Kindertagespflege
Änderung der Satzungen vom 13.12.2007**

Vorlage: 0099/2008

Zu diesem Tagesordnungspunkt findet keine Diskussion statt.

Herr Leicht weist auf die zuletzt ausgelegten Neufassungen der Satzungen hin.

Beschluss:



Die Neufassungen der Satzungen über die Erhebung von Elternbeiträgen für Tageseinrichtungen für Kinder und für Kindertagespflege werden beschlossen, wie sie als Anlage beigefügt sind.

Die Verwaltung wird beauftragt, die Veröffentlichung der neugefassten Satzungen bis 15. März vorzunehmen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig beschlossen

14. Anfragen nach §6 Abs. 8 der GeschO des Rates

Herr Decker möchte wissen, ob Fälle von ALG II – Empfängern mit Kindern bekannt seien, die von der Arge ihr Geld nicht bekommen hätten und denen aus diesem Grund der Strom abgestellt worden sei.

Frau Schmieta erklärt, dass ihr kein Fall bekannt sei, aber dass so etwas im Einzelfall möglich sei.

Herr Steuber weist auf die Möglichkeit hin, in einem solchen Fall auf dem kurzen Dienstweg eine Lösung zu finden.

Ende des öffentlichen Teiles: 19.10 Uhr

Gez. Willi Strüwer
Vorsitzender

Gez. Sabine Krause
Schriftführerin